

# Dresdner Volkszeitung

Postfach: Leipzig.  
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontakts:  
Gedr. Anstalt, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frachten monatlich 2.00 R. Durch  
den Post bezogen vierteljährlich 6.00 R., unter Kreuzband für Deutschland  
und Österreich-Ungarn 6.00 R.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Verkaufszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 geteilte Standardzeile 50 Pf., davon 40 Prozent  
Leistungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag).  
Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an  
geschiedenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefbeantwortung 20 Pf.

Nr. 168.

Dresden, Donnerstag den 24. Juli 1919.

30. Jahrg.

## Für sozialistischen Aufbau und Völkerverständigung.

### Das Regierungsprogramm.

Noch vor Jahren, Wochen hätte es sich niemand in  
unser Partei träumen lassen, daß in so verhältnismäßig  
kurzer Zeit die Sozialdemokratie genötigt sein würde, die  
Regierung zu übernehmen. Jetzt steht zum zweitenmal ein  
Sozialdemokrat als Ministerpräsident an der Spitze der  
deutschen Republik, die aus dem Zusammenbruch, zu dem  
uns der Weltkrieg führte, herabgekommen ist. Wir hätten  
gehofft, daß die Sozialdemokratie in einer glücklichen  
Zeit an das Staatsruder gekommen wäre. Wenn wahrlich,  
die Aufgaben, die die deutsche Reichsleitung heute zu bewäl-  
tigen hat, sind ungeheuer schwer. Trotzdem ist die Sozial-  
demokratie entschlossen, ihre Kräfte bis aufs äußerste anzu-  
spannen, um unser Volk aus seinem Elend wieder herauszu-  
führen. Dabei sollen uns die demokratischen Einrichtungen  
sein, die uns die Revolution gebracht hat. Wohl können  
wir nur wieder emporkommen, wenn wir entschlossen an eine  
sozialistische Organisation unseres Wirtschaftslebens heran-  
gehen, aber mit Recht hat Genosse Bauer in seiner geistigen  
Rede entschieden den von den Unabhängigen und Kommu-  
nisten propagierten Gedanken der Diktatur des Proletariats  
abgelehnt. Nur dann kann der Sozialismus dem  
Volk zum Nutzen werden, wenn die Mehrheit des Volkes  
den sozialistischen Weg erfüllt ist. Dann aber brauchen wir  
keine Diktatur des Proletariats, dann genügt die Demo-  
kratie alle Vorbedingungen für die Herbeiführung des  
Sozialismus.

Off schon haben wir in diesen Spalten darauf hinge-  
wiesen, daß große Anforderungen die Verwirklichung  
unser Ziele auch an die Massen stellen wird. Nicht von  
morgen können wir durch Sozialisierungsmaß-  
nahmen den schwer leidenden Massen eine Besserung ihrer  
Lage bringen. Opferinn und Hingabe bei den  
Kämpfen, ein tiefes Gefühl für Verantwort-  
lichkeit gegenüber dem Volk sind unerlässlich, wenn  
wir auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts kommen  
sollen. Die an sich großen Schwierigkeiten der Regierung  
sind dadurch unendlich vermehrt, daß dieses Verantwortungs-  
gefühl jetzt bei so weiten Kreisen unseres Volkes fehlt. Die  
schweren Streiks der letzten Monate, auf deren Gefahren auch  
schon wieder Genosse Bauer hinwies, haben es unserm  
Volk ungeheuer erschwert, wieder in die Höhe zu kommen.  
Es ist nötig, daß die Massen erkennen, daß sie durch derartige  
Streiks sich selbst und dem Volksganzen nur schaden.  
Die Unabhängigen, denen Bauer in seiner Rede ihre Zu-  
verlässigkeit dankbar, begehen ein schweres Verbrechen  
gegen unser Volk, indem sie nicht gleich aus der Gefahr  
auf die Massen geltend machen, um sie auf das Gefährliche  
der streikenden aufmerksamkeit zu machen. Darin liegt wohl  
der tiefste Grund dafür, daß zur Zeit auf eine Einigung der  
gegenseitig kämpfenden sozialistischen Parteien, die wir  
dringend wünschen müssen, so wenig Aussicht ist. Die Herren  
von der Unabhängigen Partei haben nicht die Einsicht oder  
nicht den Mut, die Massen über das, was uns nottut, auch  
dann aufzuklären, wenn sie damit rechnen müssen, daß sie  
nicht so leicht Beifall finden. Es ist ihnen jedes Mittel recht,  
um die Zustimmung unaufgeklärter Massen zu erringen, selbst  
wenn sie dieses Ziel nur durch Lügen und Schwelgerei  
und durch eine Täuschung der Arbeiterschaft erreichen können.  
Die deutsche Reichsregierung, die sich ihrer Verant-  
wortung gegenüber der Arbeiterschaft und dem deutschen  
Volk bewußt ist, kann eine derartige Politik nicht mitmachen.  
Genosse Bauer hat sich in seiner Rede entschieden zum  
Ideal des Sozialismus bekannt. Er kündigte an, daß  
sich die Stromerzeugungsanlagen und die Braunkohlen-  
erzeugung sozialisiert werden sollen und daß dann die Sozialisierung  
der Steinkohlen folgen werde. Wir hoffen, daß auf  
den Gebieten der Sozialisierung recht bald noch weitere Fort-  
schritte gemacht werden. Die „Planwirtschaft“, die Genosse  
Bauer befürwortet hat, lehnt Bauer ab. Wir glauben, daß  
man über kurz oder lang doch diesfeld wird Wege gehen  
müssen, die denen ähnlich sind, die Genosse Bissell vorge-  
schlagen hat. Bei unserm wirtschaftlichen Zustand wäre  
nicht genug damit gewonnen, wenn durch die Sozialisierung  
des einen oder des anderen Wirtschaftszweiges dem Reiche  
einige Millionen, die bisher Privatkapitalisten eingestrichelt  
haben, zufließen. Es kommt darauf an, daß wir in möglichst  
breitem Umfange durch eine zweckmäßige Organisation  
unser Wirtschaftslebens Ersparnisse erzielen, und  
da nicht allenthalben die baldige Verstaatlichung oder Kom-  
munistisierung der Betriebe zweckmäßig sein wird, bleibt zu-  
unzweifelhaft der Weg der Zusammenschluß der Unternehmer  
unter staatlicher Kontrolle. Wir haben den dringenden  
Wunsch, daß die Reichsregierung dem Drängen der Leute, die  
laut nach der freien Wirtschaft schreien, nicht all-  
zuviel nachgeben möge.

In vollem Maße muß das die Zustimmung aller Sozia-  
listen finden, was Bauer und der Minister des Neuern,  
Herrn Müller, über die künftige Außenpolitik gesagt haben. So  
genau wie der Friedensvertrag von Versailles auch für uns  
ist, so soll im deutschen Volk doch nicht der Gedanke Boden  
finden, daß wir einen Nachkrieg führen müßten, um wie-  
der gut zu machen, was uns jetzt angetan worden ist. Das  
wäre ein Verbrechen, das zwar jetzt kein Schlag-Bohrer  
über gewonnen hat, dafür aber auch die Kraft seines Volkes

unendlich geschwächt hat, soll uns ein warnendes Beispiel sein.  
Scharfer Kampf denen, die in Deutschland von Rache  
leben. Es sind ja dieselben Leute, die Deutschland ins  
Unheil gestürzt haben, dieselben, die durch ihr Gekröche  
Deutschland in den Ruf gebracht haben, daß es eine Gefahr  
für den Frieden der Welt sei. Es wäre töricht, wenn wir unsere  
Hoffnung darauf setzten, daß Deutschland wieder eine mili-  
tärische Macht wird. Wir können eine Revision des Ver-  
sailleser Friedensvertrags nur von der Einsicht der Völker erwar-  
ten. Die Menschheit muß sehen, daß der Geist des groß-  
mütigen, fädeltrassenden Militarismus in  
Deutschland keine Stätte mehr hat, daß Deutschland keine Ge-  
fahr mehr für den Frieden der Welt werden kann. Dann  
werden die Völker am ehesten bereit sein, uns wieder bessere  
Lebensmöglichkeiten zu geben, nicht aus dem Geist einer himm-  
lischen Gerechtigkeit heraus — an so etwas glauben wir So-  
zialdemokraten nicht —, sondern weil sie einsehen, daß auch sie  
dann am besten fahren, wenn das lächliche und fleißige deutsche  
Volk zum Nutzen der gesamten Menschheit ungebremst ar-  
beiten kann.

### Inneres und Neuheres.

Aus Weimar wird uns berichtet: Erklärung der Reichs-  
regierung — so nennt die Parlamentssprache das, was am  
Mittwoch in der Nationalversammlung vor sich ging. Der  
Ministerpräsident Genosse Bauer beleuchtete unsere innere  
Lage. Genosse Müller, des Reiches Außenminister, ließ uns  
einen Blick über den ganzen Erdball werfen. Das Bild, wie  
es sich unsern Augen an solchen Tagen bietet, weicht nicht sehr  
ab von jenem, das wir noch aus der vorrevolutionären Zeit  
im Gedächtnis haben. Damals wie heute ein voller Saal  
aufmerksam am zuhörenden und lebhaft antwortenden Abgeord-  
neter, darunter jetzt auch Frauen, die Führertribüne überfüllt  
und die Minister von blassen Schauern alter Diplomaten und  
junger Diplomaten umringt, die ihren hohen Strebfragen  
eher gepostet haben zu lassen, ihre Kränze besser zu binden,  
ihre Reden und gelegentlich auch ihr Monopol würdiger zu  
tragen versehen als gewöhnliche Sterbliche. Ein Unterschied  
sich an solchen Tagen allerdings stark hervor; früher sah man  
bei derartigen Gelegenheiten viel Uniformen, heute nur noch  
einige wenige, ein Marineuniform und zwei Infanterieuniformen,  
darunter die des preussischen Kriegsministers, dem sein hoher  
Ordnung genau so schmeichelt wie vorzeiten zum Dulle herabgibt.  
Nun kann kaum sachlicher und ruhiger sprechen als Bauer,  
aber die Deutungsansätze wollen Strafen machen, und so  
haben sie hin und wieder, an ihrer Spitze Herrar Traub, der  
Häufige Räter mit der bewegten Vergangenheit. Als der  
Ministerpräsident von der politischen Zweideutigkeit der  
unabhängigen Sozialdemokraten sprach, wurden diese  
sich in den Chorus der heulenden Demitische ein-  
bis Bauer sie durch die Mitteilung beruhigt, daß der Zoologische  
Garten an einer anderen Stelle aufgeschlagen ist.

Von besonderer Wirkung war der Schluß dieser Rede:  
das hohe Ideal eines Völkerbundes derjenigen  
Prägung, die in der Klassenbewußte Proletariatsinternationale  
einen gewaltigen Trost erfährt, und hier konnte der zweite  
Redner, Genosse Müller, folgen ohne Überlegung an-  
zuknüpfen, indem er für die Zukunft das verrostete Kriegeschild  
in die Kumpfkammer betriebe, zumal, wenn es sich etwa hier wieder

als Hilfsmittel der deutschen Diplomatie ge-  
brauchen lassen soll. Auch die Zeit der veralteten Bündnis-  
politik mit kriegerischer Spitze soll für uns endgültig vorüber  
sein, und es bleibt nur zu wünschen, daß es den anderen Völkern  
gelingen möge, was zunächst allerdings noch im schlechten Weg  
zu liegen scheint, die Regierungen von den schlechten Wegen  
zu verdrängen. Wenn die Nationen erst aufhören, sich gegen-  
seitig durch die Gasmaske zu betrachten, wenn man auch den  
barbarischen Friedensvertrag gereinigt wird, wird unsere mo-  
ralische Balance wieder im Laufe steigen.

Altem Brauch gemäß wurden an diesem Tage nur die  
beiden Ministerreden entgegengenommen. Die Aussprache be-  
gann erst am Donnerstag.

### Der Streit im englischen Bergbau.

London, 24. Juli. Nach den neuesten englischen Nach-  
richten umfaßt der Bergarbeiterstreik bisher im ganzen 270 000  
Arbeiter. Namentlich sind die großen Kohlenzentren Leeds, Sheffield  
und andre hart betroffen.

Amsterdam, 23. Juli. Telegramm meldet aus London: Die  
Konferenz des Bergarbeiterbundes von Südwesten hat gestern über  
die Einführung des Siebenstundentags an Stelle des Achtstundentags  
beraten und beschlossen, eine Erhöhung des Stundenlohns um  
14,3 Prozent zu verlangen. Die Kohlenhändler in Yorkshire hatten  
dieselben Forderungen aufgestellt; aber die Konferenz in Cardiff er-  
sucht alle Bergarbeiter in Wales, die Arbeit nicht niederzulegen, so-  
lange noch verhandelt wird.

Amsterdam, 23. Juli. Der Vorsitzende des Bergarbeiter-  
bundes von Yorkshire, Smith, hat erklärt, daß das Vorgehen  
der Regierung, die Kohlen nach Yorkshire zu schicken, um die Kohlen-  
werke im Ruhrgebiet zu bedienen, die Bergarbeiter in ihrer Haltung  
bestärken werde. Der Streit hat wieder an Ausdehnung gewonnen.  
In Lancashire streikten 7600 Mann, in Nottinghamshire 20 000 Mann.  
Die Industrie wird durch den Kohlenmangel sehr behindert. Die  
großen Firmen im Ruhrgebiet erklären, daß sie selbst bei  
höchster Sparmaßnahme im Kohlenverbrauch ihren Betrieb nur noch  
einige Tage fortsetzen können. Die Kohlenfabriken an der Nord-  
westküste von England haben sich wegen der Erhöhung der Kohlen-  
preise genötigt gesehen, die Kohlenpreise um 12 Schilling die Tonne  
zu erhöhen.

Osag, 24. Juli. Aus London wird gemeldet: Der Streit  
auf der englischen North-Eastern-Railway ist Sonntag beigelegt  
worden.

### Landarbeiterstreitgefahr in Kassel.

Kassel, 24. Juli. Der Landarbeiterverband Kassel beschloß  
in einem Ultimatum die Annahme eines weitgehenden Tarifvertrags  
bis 1. August zu fordern, widrigenfalls ein allgemeiner Ausstand  
erfolgen werde.

### Ruhestörungen in Erfurt.

Erfurt, 23. Juli. Infolge der Kündigung von zwei Angestellten  
kam es gestern in der ehemaligen königlichen Genschelstraße in Erfurt  
zu Unruhen. Ein Teil der Arbeiterschaft rottete sich zusammen,  
um von der Direktion die Zurücknahme der ausgesprochenen  
Kündigung zu erzwingen, drang in das Verwaltungsgebäude ein,  
mithin die dort einen Vertreter der Arbeiterschaft, der zu Ver-  
handlungen dort wurde, und die Arbeit wurde verhindert. Die Leitung  
wurde durch geschäftliche Arbeit wurde verhindert. Die Leitung  
sah sich daher gezwungen, den gesamten Betrieb einzustellen. Die  
Anlagen wurden zum Schutze vor Sabotage durch Reichswehrtruppen  
des Erfurter Kommandos besetzt.

## Hermann Müller über auswärtige Politik.

Weimar, 23. Juli 1919.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten haben das Wort  
Reichsminister des Neuern:

Meine Damen und Herren! Durch den härtesten Frieden ge-  
setzt, der seit Einführung der deutschen Verfassung je einem Volke  
auferlegt wurde, müssen wir demnach beruhen, auf den freibestehen-  
den Bahnen vorwärts zu schreiten. Nur so können wir moralische Ge-  
winnungen machen. Als Ergebnis des Krieges ist für uns festzustellen,  
daß das deutsche Schwert in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer  
Ranke nicht mehr zählt. Es ist uns eine so glänzende Abfertigung er-  
teilt, daß es zweifelhaft ist, ob sie selbst im Interesse der Sieger liegt.  
Aber diese Abfertigung ist zunächst nur uns und unsern künftigen Ver-  
bindeten diktiert. In einem Segen für die ganze Welt wird die Ab-  
fertigung erst dann werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam aufgelegt  
sein wird. Die Erreichung dieses letzten Zieles zu über, muß unsere  
Aufgabe sein. Wir werden dieser Aufgabe am besten gerecht, wenn  
wir allen militärischen Gedankengängen endgültig entsagen; wenn wir  
schon unsere Jugend dazu erziehen, daß in Zukunft nicht das  
Schwert, sondern nur das Recht über die Beziehungen der  
Völker untereinander zu entscheiden hat. Die Seele unserer Jugend  
soll nicht durch Habgier verflucht werden.

Den neuen Geist des Rechts zu pflegen sind wir auch den Milio-  
nen Deutschen schuldig, die in diesem Kriege unter fremde  
Herrschaft kamen und deren Verlangen nach kultureller Auto-  
nomie und nach Schutz für die deutschen Minderheiten um so sicherer  
erfüllt werden wird, je mehr die Welt sich davon überzeugt, daß das  
deutsche Volk ein friedliches Volk ist. Je mehr wir zeigen, daß es  
dem deutschen Volke mit dem

Gedanken des ewigen Friedens,

Wir den sich bereits vor mehr als 100 Jahren Rant eingesetzt hat, heißt  
dieser Geist ist, desto leichter machen wir es den von unserm Volk-

überlagerischen Deutschen, ihr Deutschtum auch unter fremder  
Folge sein zu bewahren. Wir müssen die Welt von unserm un-  
erschütterlichen Friedenswillen aber auch deshalb überzeugen, damit  
die Politik der Koalitionen, die in Leipzig unter  
diesem Weltkrieg geführt hat, in absehbarer Zeit begraben  
wird. In Versailles wurde endlich eine neue Koalition begründet,  
gleichzeitig mit dem Versailler Vertrag wurde das französisch-englische  
Bündnis geschlossen, das Frankreich gegen einen drohenden An-  
griff Deutschlands schützen soll. Andererseits spekulieren in Deutschland  
bereits politische Parteienlagerungen auf die Möglichkeit künftiger Gegen-  
allianzen. Sie richten ihre Blicke nach dem nahen und fernem Osten.  
Sie hoffen auf die Unmöglichkeit der Sieger und sehen bereits eine  
Kollision der Interessen im Herben, die sich zusammen-  
finden können, weil sie bei der Verteilung der Beute nicht auf ihre  
Bedienung gekommen zu sein glauben. Wir scheitern diese Allianzen nicht  
getriggert zu sein. Gegen die ungeliebte Politik der Allianzen arbeiten  
wir am besten, indem wir uns an keiner beteiligen.

Unsere tatsächliche Verantwortlichkeit für den Völkerverbund erklären wir  
dadurch, daß wir bereit sind, mit allen Völkern in Frieden zu leben.  
Die nordwestlichen Arbeiter, die Graf Brockhoff-Bauman und seine  
Mitarbeiter für die Schaffung eines wirklichen Völkerverbundes in Ver-  
schiedenem geleistet haben, wird die objektive Geschichtsbilanz einmal  
baldig anerkennen, wenn in ruhigeren Zeiten die Sozialparagrafen  
den Vertrag von Versailles von den billig Denkenden oder Völkern  
gleich harte Urteil erfahren werden. Ein Völkerverbund ohne das deutsche  
und das russische Volk ist kein Völkerverbund. Wir haben keine in den  
Verhandlungen zu Versailles nachdrücklich auf das Unrechtliche  
und Unersättliche des Friedensvertrags hingewiesen. Wir haben uns  
unter dem Zwang der Verhältnisse verpflichtet, den Vertrag  
trotzdem zu erfüllen. Wir können keinen Zweifel darüber, daß es uns mit  
dem Willen zu dieser Erklärung, bis zur Verneinung unserer Verantwort-